



## Liebe Mitglieder unserer Landkreistags-Familie, liebe Leserinnen und Leser!

Das Jahr 2024 neigt sich dem Ende zu – Zeit, Ihnen und Euch für die gute Zusammenarbeit in diesem Jahr zu danken. Gemeinsam lässt sich viel für die Kreise in Schleswig-Holstein und die gesamte kommunale Familie erreichen. Es zeigt sich schon jetzt, dass angesichts der angespannten Haushaltslage die Verhandlungen mit der Landesregierung zu vielen verschiedenen Themen härter geworden sind und sicher im kommenden Jahr nicht einfacher werden. Da aber vor Ort das Gemeinwesen gestaltet wird und die Kommunen mit ihren gesetzlichen, insbesondere aber auch ihren freiwilligen Aufgaben das Leben in Schleswig-Holstein lebenswert machen, können wir nicht akzeptieren, dass fehlender Einsparwille auf Landesebene zu Eingriffen in die kommunale Finanzausstattung führt.

Die zukünftig geplante Finanzierung des Landesanteils an der Städtebauförderung aus dem Finanzausgleich ist nichts anderes als ein solcher Griff in kommunale Kassen – und dies ohne in der Gesetzesbegründung einen Satz dazu zu verlieren, wie dies vor dem Hintergrund der Anforderungen des Landesverfassungsgerichts an einen bedarfsgerechten Finanzausgleich gerechtfertigt werden kann. Angesichts der defizitären Kommunalhaushalte – die geplanten Defizite dürften im kommenden Jahr ca. 1 Mrd. Euro ausmachen – steht natürlich die Frage im Raum, ob eine verfassungsgerichtliche Überprüfung dieser Maßnahme des Landes angezeigt ist. Aber auch die Kürzungen außerhalb des Finanzausgleichs wiegen schwer: Mobilitätswende im ländlichen Raum kann mit kaputtgesparter Infrastruktur und einem ausgedünnten ÖPNV-Angebot nicht gelingen!

Für das nächste und die kommenden Jahren stehen schon weitere finanzielle Kraftanstrengungen vor der Tür: für die Schulträger wird es u. a. die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung sein, bei dem das Land es bisher nicht geschafft hat, einen belastbaren Rahmen zu schaffen, für die Kreise werden es u. a. die Folgen der Krankenhausreform und die Frage sein, wie mit immer steigenden Betriebskosten und einem erheblichen Investitionsbedarf umzugehen ist. Die schleswig-holsteinische Landesregierung ist nun umso mehr in der Pflicht, da sie den Weg für die Krankenhausreform mit ihrer Enthaltung im Bundesrat frei gemacht hat.

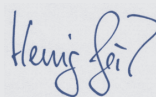
Wir bedanken uns herzlich für die ausgezeichnete Zusammenarbeit in allen unseren Gremien und wir danken unserem Team der Geschäftsstelle für die tolle Arbeit und jederzeit wirksame Unterstützung.

Und nun wünschen wir unserer gesamten Landkreistags-Familie ein frohes Weihnachtsfest, einen guten Rutsch und viel Gesundheit, Zufriedenheit, Glück und Erfolg im neuen Jahr!

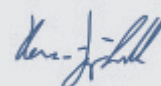
Herzliche Grüße,



Ute Borwieck-Dethlefs



Dr. Henning Görtz



Hans-Jörg Lüth

### Inhalt

Editorial . . . . . 1

Kommunen unter Druck:  
Mitgliederversammlung des  
Landkreistages setzt mit  
Resolutionen klare Zeichen . . . 2

Das Land greift eine Forderung  
der Mitgliederversammlung auf  
und sagt eine stärkere Zentrali-  
sierung der Rückführungen zu! . 3

Zukunft aktiv gestalten – Ehrenamt  
als Schlüssel des Wandels! . . . . 4

Kurznachrichten . . . . . 5

# KOMMUNEN UNTER DRUCK: MITGLIEDERVERSAMMLUNG DES LANDKREISTAGES SETZT MIT RESOLUTIONEN KLARE ZEICHEN



Es brodelt überall im Land und so begann die zweite Mitgliederversammlung des Landkreistages in diesem Jahr zunächst mit einer Demo. Anlass war der langanhaltende Tarifkonflikt im Busgewerbe. Die Auswirkungen dieses Streiks waren vor allem für die Menschen im ländlichen Raum zu spüren. Doch die Verantwortung, das betonte der Vorsitzende Landrat Dr. Henning Görtz in seiner Begrüßung, liegt nicht bei den Kreisen, sondern bei den Tarifparteien und aufgrund der Kürzungsankündigungen für das kommende Jahr auch beim Land. Die Kreise sind keine Tarifpartei, sondern Aufgabenträger, nichts desto trotz, versuchen die Kreise ihren Beitrag zu leisten, indem sie z. B. Inflationsausgleichsprämien gezahlt haben. Es muss jedoch klar sein, dass eine, wie vom Land geforderte, Mobilitätswende nur mit einem ausreichend ausfinanzierten ÖPNV gelingen kann.

Die eigentlichen Themen der Mitgliederversammlung waren zwei einstimmig von den Delegierten beschlossene Resolutionen. Bei der **Resolution** zum Thema Inte-

gration und Rückführung sehen die Kreise das Land hier ebenfalls ganz klar in der Verantwortung und ermutigen das Land dazu, endlich eine Integrationsstrategie zu entwickeln, die den Namen verdient, und Rückführungen zu zentralisieren.

Das beherrschende Thema der Sitzung ist die anhaltende Kritik an den massiven Sparplänen des Landes, die in einem nicht geringen Umfang zu Lasten der Kommunen ausfallen sollen. Anstatt die Kommunen als Reservekasse des Landes zu missbrauchen, muss die Landesregierung andere Punkte in den Fokus nehmen. Ein nachhaltiger und ernstgemeinter Bürokratieabbau, verbunden mit der Reduzierung der Übertragung von immer mehr Aufgaben durch Bund und Ländern an die Kommunen, die nicht ausreichend gegenfinanziert werden. Ansonsten wird die Handlungsfähigkeit der Kommunen weiter beschränkt - verbunden mit einem Vertrauensverlust bei den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort und fehlender Bereitschaft, sich kommunal zu engagieren. Die Mitgliederversammlung hat auch zu diesem Thema eine ausführliche **Resolution** verabschiedet und fordert das Land darin auf, seine hausgemachten finanziellen Probleme nicht auf Kosten der Kommunen zu lösen und macht dem Land zudem konkrete Vorschläge.

Diesen Vorschlägen stellte sich der Chef der Staatskanzlei Minister Dirk Schrödter, der im öffentlichen Teil der Sitzung in einem Vortrag Stellung bezog und danach zusammen mit Erhard Wollny vom Landesrechnungshof und Landrat Jan-Peter Schröder auf dem Podium Platz nahm. Die von den Kommunen durchaus als sehr ernst



*Im Nachgang zur Mitgliederversammlung des LKT fand am 2. Dezember eine gemeinsame Sitzung der Vorstände aller Kommunalen Landesverbände in Neumünster statt. Die Vorstände bekräftigten dort nochmals die kommunale Kritik an den Sparplänen des Landes.*



bewertete Situation begegnete Schrödter mit mehr Optimismus. Er blicke durchaus zuversichtlich nach vorne und zeichnete eine Vision, in der durch konsequente Digitalisierung, Innovation und Bürokratieabbau die Probleme des Landes gelöst werden könnten. Immerhin beim Bürokratieabbau schienen sich alle auf dem Podium einig zu sein, so unterstrich auch der Landesrechnungshof diese Forderung, insbesondere auch im Hinblick auf die bürokratischen Förderprogramme des Landes und auch Landrat Schröder schilderte nochmal eindringlich die Konsequenzen der Aufgabenflut für seinen Kreis.

Nun war auch nicht zu erwarten, dass es hier zu Zugeständnissen von Seiten des Landes kommen würde und so werden die Kommunen weiterhin gemeinsam sich dagegen wehren, dass das Land seine finanziellen Probleme versucht auf ihrem Rücken zu lösen.



## **DAS LAND GREIFT EINE FORDERUNG DER MITGLIEDERVERSAMMLUNG AUF UND SAGT EINE STÄRKERE ZENTRALISIERUNG DER RÜCKFÜHRUNGEN ZU!**

Die Kommunalen Landesverbände haben sich mit der Landesregierung auf ein geändertes Verfahren zur Rückführung von abgelehnten Asylsuchenden verständigt. Das auch von der Mitgliederversammlung des Landkreistages geforderte Verfahren sieht vor, dass Rückführungen künftig weitgehend zentral durch das Land über die Landesunterkunft für Ausreisepflichtige („LUK-A“) erfolgen können. Zwar haben die kommunalen Ausländerbehörden schon jetzt die Möglichkeit, im Wege eines Amtshilfeersuchens ausreisepflichtige Personen in der LUK-A unterzubringen. Von dieser Möglichkeit wurde zuletzt jedoch so gut wie kein Gebrauch gemacht, weil viele Ausländerbehörden das bisherige Verfahren, das u. a. die Zustimmung des Landesamtes für Zuwanderung und Flüchtlinge („LaZuF“) erforderte, deren Erteilung aufgrund uneindeutiger Kriterien kaum vorhersehbar war, als zu kompliziert empfunden haben.

In dem nun verabredeten Verfahren sollen die kommunalen Ausländerbehörden die Möglichkeit erhalten, künftig nach eigenem Ermessen und ohne vorherige Zustimmung des LaZuF ausreisepflichtige Personen, die einige klar definierte Voraussetzungen erfüllen, mit einer Wohnsitzauflage für die LUK-A belegen können. Mit der Wohnsitzverpflichtung geht die ausländer- und die leistungsrechtliche Zuständigkeit von der ABH auf das LaZuF über. Das Land ist dann u. a. für die Rückführung dieser Personen zuständig.

Die Änderungen stellen aus Sicht der Geschäftsstelle eine erhebliche Erleichterung gegenüber dem bisherigen Verfahren zur Unterbringung in der LUK-A dar, weil die mitunter komplizierte Abstimmung zwischen kommunaler Ausländerbehörde und LaZuF entfällt und die ABH künftig anhand klarer objektiver Kriterien allein über die Wohnsitzauflage entscheiden kann.

Sofern die kommunalen Ausländerbehörden von dem vereinbarten Verfahren regelmäßig Gebrauch machen und den Weg über die LUK-A wählen, werden Rückführungen künftig weitestgehend zentral in Zuständigkeit des Landes durchgeführt werden – für Rückführungen in kommunaler Zuständigkeit bleibt dann nur noch wenig Raum.

Der Stormarner Landrat und Vorsitzender des Schleswig-Holsteinischen Landkreistages, Dr. Henning Görtz, lobte die getroffene Vereinbarung: „Ich freue mich, dass es uns gemeinsam gelungen ist, einen Weg zu finden, wie wir einerseits die kommunalen Ausländerbehörden entlasten und gleichzeitig beim Thema Rückführungen effizienter werden können. Das ging nur, weil das Land bereit war, mehr Verantwortung zu übernehmen und künftig deutlich mehr Fälle zentral zu bearbeiten.“

# ZUKUNFT AKTIV GESTALTEN - EHRENAMT ALS SCHLÜSSEL DES WANDELS!



Das Dialogforum wurde in Zusammenarbeit mit dem Landkreistag, dem Städteverband und der Engagementstrategie Schleswig-Holstein organisiert. Eine der durchgeführten Gesprächsrunden, moderiert von Landkreistag und Städteverband, widmete sich der Nachwuchsgewinnung in Parteien und Wählergemeinschaften. Dabei diskutierten und identifizierten die Teilnehmenden gemeinsam Herausforderungen und entwickelten erste Lösungsansätze.

Immer wieder fiel dabei das Augenmerk auf die vorherrschenden Strukturen innerhalb kommunalpolitischer Gremien, die von vielen Engagierten eher als hinderlich statt als förderlich wahrgenommen werden. Eine Idee, die den Einstieg

In Zeiten des demografischen Wandels und gesellschaftlicher Umbrüche wird die Förderung ehrenamtlichen Engagements immer wichtiger. Doch warum sind unterstützende Strukturen für das Ehrenamt der Schlüssel, um gesellschaftliche Veränderungsprozesse erfolgreich zu gestalten? Wie können Kommunen oder Gemeinden durch nachhaltige Rahmenbedingungen die Bereitschaft zum Engagement stärken und damit den sozialen Zusammenhalt sichern?

Diesen Fragen widmeten sich Anfang November über 100 Teilnehmende aus Zivilgesellschaft, Verwaltung und Politik beim Dialogforum. Gemeinsam wurde diskutiert, wo in Schleswig-Holstein bereits erfolgreiche Handlungsstrategien und Strukturen etabliert sind und wo noch Lösungen benötigt werden. Die Themen reichten von der Gewinnung junger Menschen für die Kommunalpolitik bis zur Sicherung der Daseinsvorsorge im ländlichen Raum.

Freiwillig engagierte Menschen gestalten den gesellschaftlichen Wandel aktiv mit. Doch um dieses wertvolle Potenzial besser zu nutzen, sind tragfähige Strukturen unverzichtbar. Die Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen Schleswig-Holstein (lagfa SH) hat es sich zur Aufgabe gemacht, diese Strukturen zu stärken und auszubauen. Ihr Fokus liegt insbesondere auf der Schaffung förderlicher Rahmenbedingungen und Infrastrukturen, die freiwilliges Engagement langfristig unterstützen.

u. U. erleichtern könnte, wäre die Einführung von Tandems oder Mentoringprogrammen. „Alte Hasen“ könnten in so einem Modell den Nachwuchs „step by step“ in die kommunalpolitische Arbeit heranführen.

Auch wenn nicht alle Probleme an einem Tag gelöst werden konnten – das war auch nicht der Anspruch der Veranstaltung – bot das Dialogforum eine wertvolle Plattform für Austausch, gegenseitiges Lernen und Netzwerkaufbau. Damit hat die Veranstaltung ihr Ziel erreicht: Engagierte zusammenzubringen und den Grundstein für weitere Fortschritte zu legen.





# KURZNACHRICHTEN

## Spenden statt Karten

Der Landkreistag hat auch in diesem Jahr auf die sonst üblichen Weihnachtskarten verzichtet und hat sich

**stattdessen für eine Spende an die NDR Benefizaktion "Hand in Hand für Norddeutschland" entschieden.**

Wir wünschen nun auf diesem Wege unserer gesamten Landkreistags-Familie ein frohes Weihnachtsfest, einen guten Rutsch und viel Gesundheit, Zufriedenheit, Glück und Erfolg im neuen Jahr!



## Geschäftsbericht 2024

Der Geschäftsbericht 2024 wurde veröffentlicht und kann [hier](#) abgerufen werden.



dataport  
kommunal



Für sichere, innovative  
und bürgernahe Kommunen

Wir gestalten die digitale Zukunft vor Ort.  
[www.dataport-kommunal.de](http://www.dataport-kommunal.de)